



Wir stellen unseren Landtagskandidaten vor:



Hans Kaiser

Geboren 1938 in Georgsmarienhütte
Verheiratet seit 1964
Wohnort Hagen a. T.W.

1944–1949 Volksschule Oesede

1949–1955 Mittelschule Georgsmarienhütte (Mittlere Reife)

1955–1958 Lehre im Elektromaschinenbauer-Handwerk in Osnabrück (Gesellenprüfung, Innungssieger)

1958–1959 Mehrere Monate Praktikum bei den Klöckner-Werken in Georgsmarienhütte

1959–1961 Braunschweig – Kolleg (Hochschulreife)

1961–1964 Studium an der Universität Hamburg (Elektrotechnik, Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften – Ziel: Berufsschullehrer. I. Staatsexamen)

1964–1966 Referendariat in Hamburg (II. Staatsexamen)

1966–1978 Studienrat an den Berufsbildenden Schulen des Landkreises Osnabrück, Brinkstraße (Metallberufsschule), ab 1970 nebenberuflich teilzeitbeschäftigt.

Hobbys: Segeln, Radfahren, Haus

Deshalb setzen wir uns für ihn ein:

1. Der SPD-Bezirk, der SPD-Landesverband und die SPD-Landtagsfraktion haben deutlich gemacht, daß sie ihn sehr schätzen:

Er wurde vom Bezirk Weser-Ems für den Landesvorstand nominiert und vom Landesparteitag mit überzeugender Mehrheit gewählt.

Als Landesvorstandsmitglied ist er zur Zeit Vorsitzender des Fachausschusses Erwachsenenbildung. In der Februarsitzung hat der Landesvorstand beschlossen, einen Beirat für Schule und Berufsausbildung zu bilden. Als Vorsitzenden berief er Hans Kaiser.

Im Bezirk Weser-Ems ist er nunmehr seit 1984 Vorsitzender der Gleichstellungskommission. Im Januar dieses Jahres beauftragte ihn der Bezirksvorstand, eine hochschulpolitische Kommission zu bilden, und berief ihn zum Vorsitzenden.

In der SPD-Landtagsfraktion ist er seit Jahren Mitglied des

Fraktionsvorstandes und seit 1983 Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturpolitik (der für die Bereiche Schule und Berufsausbildung zuständig ist) und damit bildungspolitischer Sprecher der Fraktion.

2. Er hat langjährige Erfahrung in der Parteiarbeit: als Vorsitzender des OV Hagen a.T.W., als stellvertretender Vorsitzender des alten SPD-Unterbezirks OS-Land, als Vorsitzender des neuen SPD-Unterbezirks (von 1972 bis 1983), als Mitglied des Bezirksvorstandes (bis 1987), als Mitglied des Parteirats (bis 1985), als Mitglied des SPD-Landesvorstandes.
3. 15 Jahre lang hat er kommunalpolitisch gearbeitet, als Ratsherr und SPD-Fraktionsvorsitzender bis 1983. Er legte sein Mandat nieder, als ihn die Fraktion zum Arbeitskreisvorsitzenden gewählt hatte.
4. Er ist einer der erfahrensten Bildungspolitiker im Landtag. Seit dem Einzug in den Landtag 1970 gehört er dem Kultusausschuß an.
5. Sein landespolitisches Engagement ist vielfältig. Er setzt sich z. B. ein
– für mehr Investitionen in Schule und Hochschule,
– für die Einstellung von mehr Lehrer/innen,

(Fortsetz. S. 2)

Statt Giftmüllverbrennung eine Hausmüllverbrennungsanlage?

Eine Giftmüllverbrennungsanlage (Sondermüll heißt es offiziell-beschönigend) in Georgsmarienhütte scheint endgültig verhindert zu sein, da kommt eine Hiobsbotschaft aus Osnabrück: Landesregierung und Bezirksregierung scheinen wild entschlossen, in Osnabrück (am Piesberg?) eine Hausmüllverbrennungsanlage zu errichten. Wer hinter den Kulissen ebenfalls diese Anlage vorantreibt, ist noch konkret auszumachen.

Die Hausmüllverbrennung als umweltpolitischer Irrweg verhindert natürlich

- Abfallvermeidung
- Recycling
- somit einen sparsamen und vernünftigen Umgang mit unseren knappen Rohstoffen und unserer Umwelt.

Denn wenn die Anlage steht, muß sie auch „gefüttert“ werden. Mülltourismus zur Anlage und „Müllproduktion“ sind zwangsläufige Folgen.

Eine Verbrennungsanlage erzeugt:

- hochgiftige Rohstoffe
- eine Fülle von schädlichen Emissionen (Schwermetalle und Dioxine z. B.).

Neuere Erkenntnisse weisen darauf hin, daß bei einer genauen und ehrlichen Bilanz Hausmüllverbrennungsanlagen mehr Müll erzeugen (incl. Bau, Reststoffe usw.) als sie beseitigen.

Seit Jahren führen wir in der BR Deutschland eine „Mülldiskussion“ – im Landkreis Osnabrück übrigens auch – und in puncto Vermeidung und Recycling hat sich kaum etwas getan. Auf Kreisebene werden die

weitaus meisten Müllanteile weiterhin auf den Piesberg gekarrt – irgendwann zu Beginn des nächsten Jahrhunderts wird er voll sein, so daß dann eine Müllverbrennungsanlage als **die** Lösung erscheint.

Mit uns nicht! Die Tricks, mit denen schon jetzt gearbeitet wird (die NOZ berichtete wiederholt auf der Stadtseite), sind der beste Beleg, daß die Bürger und unsere Kinder über den Tisch gezogen werden sollen.

Die SPD im Landkreis Osnabrück hat sich auf ihrem Parteitag am 22. September klar und deutlich gegen den Bau einer Hausmüllverbrennungsanlage ausgesprochen! Die Bürgerinnen und Bürger sollten hellwach sein und ihre politischen Vertreter nach deren Meinung befragen.

Rainer Korte

(Fortsetzung von Seite 1)

- für bessere Bildungsmöglichkeiten in der Hauptschule,
- für die Neugründung von Gesamtschulen,
- für eine bessere Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten,
- für mehr und bessere Ausbildungsplätze, insbesondere für Mädchen,
- für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Berufsgrundbildungsjahres,
- für ein integriertes Abfallentsorgungskonzept,
- für eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik.

6. Er kümmert sich um Probleme in der Region Osnabrück, aktuell setzt er sich ein (bzw. hat er sich eingesetzt):
- gegen die geplante Schießanlage in Bad Essen,
 - gegen die geplante Hochtemperatur-Verbrennungsan-

lage für Giftmüll in Georgsmarienhütte,

- gegen die heimliche Erweiterung der HTV für Giftmüll in Bramsche-Achmer,
- für die Verlegung der Landesstraße 89 in Hasbergen,
- für den Bau eines Radweges an der Landesstraße Hagen a.T.W.–Bad Iburg,
- für die Einrichtung einer Herzchirurgie in Bad Rothenfelde,
- für die Bereitstellung von Landesmitteln für das Forum Artium in Georgsmarienhütte,
- gegen Belästigung und Gefährdung der Bevölkerung durch Tiefflug,
- für den Musikunterricht in der Realschule Georgsmarienhütte,
- für die Sicherung von Arbeitsplätzen (z. B. Klöckner).

Hans Kaiser ist ein Vollblutpolitiker, der weiterhin unsere Region in Hannover vertreten soll!

Inhalt

Inhalt	Seite
Hans Kaiser	1 + 2
Hausmüllverbrennung	2
25 Jahre im Rat	3
Wohnungsnot	3
Oskar Hummel	3
Fremdenverkehr	4
Hausratswahlen	4
Neue Buslinien	5
Dorferneuerung	5
Leerstehender Wohnraum	5
Impressum	5
Was sagen Sie dazu?	6
SPD gewinnt	6
Zeitbombe	6
Gorbatschow	7
Bushaltstellen	7
Holl (CDU)	8
Fragen an den Bürger	8

Wohnungsbau und Wohnungsnot

Durch die Wohnungsbaupolitik der jetzigen CDU-/FDP-Regierung ist nach 1982 der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau voll und ganz zum Erliegen gekommen (1988: nur noch 14.000 Wohnungen). Mancher Nachteil des sozialen Wohnungsbaus („Wohnmaschinen“, hohe Mieten) dürfen aber nicht als Ausrede für den Ausstieg benutzt werden, da besonders **jetzt** wesentlich mehr Wohnraum erforderlich ist (immer mehr und kleinere Haushalte, junge Leute, die einen neuen Haushalt führen, Aus- und Übersiedler, aber auch Menschen, die zu hohe Mieten nicht mehr länger bezahlen können). Der einmal errechnete „Überhang“ von 1 Mio. Wohnungen steht leider nur auf dem Papier. Wer selbst eine Wohnung sucht, der weiß wie schwer (unmöglich) das ist. Wenn das Problem Wohnungsnot aber gelöst werden soll, dann muß der soziale Wohnungsbau **dringend** wieder angekurbelt werden. Dabei ist es unwichtig, ob das durch Wohnbaugesellschaften oder private Investoren erfolgt. Hauptsache, die Fehler der Vergangenheit werden nicht wiederholt. Hier sei in erster Linie der häßliche und demoralisierende „Hochbau“ genannt.

Was können nun Städte und Gemeinden tun? Für Georgsmarienhütte müßten in **Zentrumsnähe** Grundstücke bereitgestellt werden, die vom sozialen Mietwohnungsbau oder Investoren baulich genutzt werden. Daneben bleibt der Hauptanteil der Mietwohnungen durch Zweifamilienhäuser bestehen und sollte entsprechend gefördert werden (Bebauungspläne!).

Die Hoffnungen auf die sogenannten Baulücken in Altbaugebieten haben sich leider nicht erfüllt. Deshalb ist eine behutsame Weiterplanung erforderlich.

Josef Niemann



25 Jahre Ratsarbeit

Im September 1964 wurden Helmut Stahlmann und Josef Niemann erstmals für die SPD in den Rat gewählt. Seit dieser Zeit gestalten beide die Politik der SPD entscheidend mit und haben trotz 25 Jahren harter Oppositionsarbeit vieles mit bewegt und gestaltet. Hier ein kurzer chronologischer Überblick der politischen Laufbahnen der beiden:

Josef Niemann: _____
von 1964–1970:
 Ratscherr in Kloster Oesede, Fraktionsvorsitzender und Ortsvereinsvorsitzender

1970–1989:
 Ratscherr im Stadtrat

Helmut Stahlmann: _____
von 1964–1970
 Ratscherr in Georgsmarienhütte

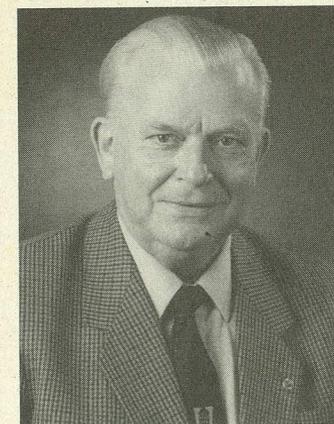
1968–1970
 Bürgermeister

1970–1972
 Kreistagsmitglied

1970–1989
 Ratscherr im Stadtrat, davon von 1970–1972 stellvertr. Bürgermeister, von 1972–1986 Fraktionsvorsitzender und seit 1986 wieder stellvertr. Bürgermeister.

25 Jahre Kreistag

Auf ein 25jähriges Jubiläum als Mitglied des Kreistages (Osnabrück-Land, später Großkreis Osnabrück) blickt in diesen Tagen **Oskar Hummel** zurück. Vielen ist er bekannt als Ratscherr, Kreistagsmitglied und stellvertr. Landrat. In den 25 Jahren seines politischen Wirkens hat Oskar Hummel immer ein Ohr gehabt für den **kleinen Mann**, der seine Sorgen bei ihm abladen konnte. Vielen hat er geholfen, wo Hilfe möglich war. Ein Vollblutpolitiker seiner Qualität ist nicht häufig anzutreffen. Um so mehr sind wir Sozialdemokraten stolz darauf, einen solchen unter uns zu haben.



Fremdenverkehrsgutachten für Georgsmarienhütte

Kein Zweifel, der erste Teil eines Fremdenverkehrsgutachtens – es war eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes und eine Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise – stimmt durchaus zuversichtlich. Georgsmarienhütte kann und muß sich auch in diesem Bereich weiterentwickeln.

Die Stadt hatte bei dem Institut für Fremdenverkehr und Kurberatung in Ettingen ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten des Fremdenverkehrs in unserer Stadt untersuchen sollte.

Zu welchem Ergebnis ist dieses Gutachten gekommen?

Ich zitiere:

„Die Analyse der Ausgangssituation von Georgsmarienhütte zeigt, daß die Stadt über ein beträchtliches Potential an erholungs- und freizeitrelevanten Einrichtungen verfügt.“

„... da mehr als die Hälfte des Gemeindegebietes von Georgsmarienhütte als ‚Erholungsraum von überregionaler Bedeutung‘ (Regionalordnungsprogramm des Landkreises) ausgewiesen ist, wäre die Zuweisung der Erholungsfunktion eine sinnvolle planerische Ergänzung, zumal in Georgsmarienhütte notwendige touristische Angebote und Infrastrukturen bereits vorhanden sind.“

Der Fremdenverkehr ist in vielen Gemeinden ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der vielfältige und positive Auswirkungen auf das Gemeinwohl hat. Zu nennen sind z. B.: Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze, Existenzsicherung, Erhöhung der Steuerkraft, verbesserte Lebensqualität und erhöhter Freizeit- und Erholungswert.

Daß in Georgsmarienhütte in dieser Hinsicht noch manches im argen liegt und noch viel zu tun ist, liegt auf der Hand. In einem Schwäche-Stärke-Profil stellt das Gutachten u. a. Folgendes fest:

Stärken: gute Verkehrsanbindung, reizvolle Landschaft, vielfältiges kulturelles Angebot, gutes Wander- und Radwegenetz, steigende Gäste- und Übernachtungszahlen, sehr gute Auslastung der Erwachsenenbildungsstätten.

Schwächen: Industriestandort, Ortsbild, breite Durchgangsstraßen, zu geringes Bettenangebot in Hotels, qualitatives Angebot einiger Beherbergungs- und Verpflegungsbetriebe.

Was ist zu tun? Industriestandort wollen und müssen wir bleiben. Aber warum sollten wir brachliegendes Industriegelände und leerstehende Gebäude und Hallen nicht in die Kulturlandschaft integrieren? Es gibt sicherlich Künstler, die diese Chancen ergreifen würden. Ein Industrie-museum hätte bestimmt auch seinen Reiz.

Daß unser Ortsbild freundlicher, attraktiver gestaltet werden muß, darüber sind sich alle einig. Wir sind ja auch schon dabei. Klöckner-Häuser, Kasinopark, Oeseder Straße sind oder werden neu restauriert.

Wir müssen auf diesem Wege kontinuierlich weitergehen.

Aber auch die Gastronomie ist aufgerufen, ihren Anteil dazu beizutragen, daß sich Fremde in Georgsmarienhütte wohlfühlen und gern ein Wochenende hier verbringen. Denn das hat das Gutachten ebenfalls festgestellt: Die Anzahl der Kurzurlauber (Wochenendreisen, 3- und 4-Tages-Reisen) nimmt immer mehr zu.

Alle Alters- und Sozialgruppen sind davon betroffen.

Georgsmarienhütte muß ein lohnendes Ziel für diesen Intensivurlaub sein.

Impulse, wie die im Gutachten aufgelisteten Empfehlungen umzusetzen sind, darf man von dem neu zu gründenden Verkehrsverein erwarten.

Aber das wird allein nicht genügen. Wir sollten nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Das vorliegende Gutachten ist im wesentlichen eine Bestandsaufnahme. Notwendig ist die Entwicklung eines Konzeptes, in dem Ziele, Strategien, Vermarktung all dessen, was dem Wirtschaftszweig Fremdenverkehr zuzurechnen ist, erfaßt werden. Die notwendigen Mittel müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Helmut Stahlmann

Hausratswahlen in der „Alten Wanne“

Am Dienstag, dem 26. September, fand abends eine ordentliche Vollversammlung im Kinoraum der „Alten Wanne“ statt. Auf der Tagesordnung standen die Verabschiedung einer geänderten Satzung und Geschäftsordnung sowie die Wahl eines neues Hausrates.

Wahlberechtigt sind **alle** Jugendlichen, die in Georgsmarienhütte wohnen und zwischen 14 und 30 Jahre alt sind.

Anwesend waren 22 (!) wahlberechtigte Jugendliche.

Gewählt wurden Günther Wagner (29), Frank Zimmermann (23) und Dogan Güngör (18).

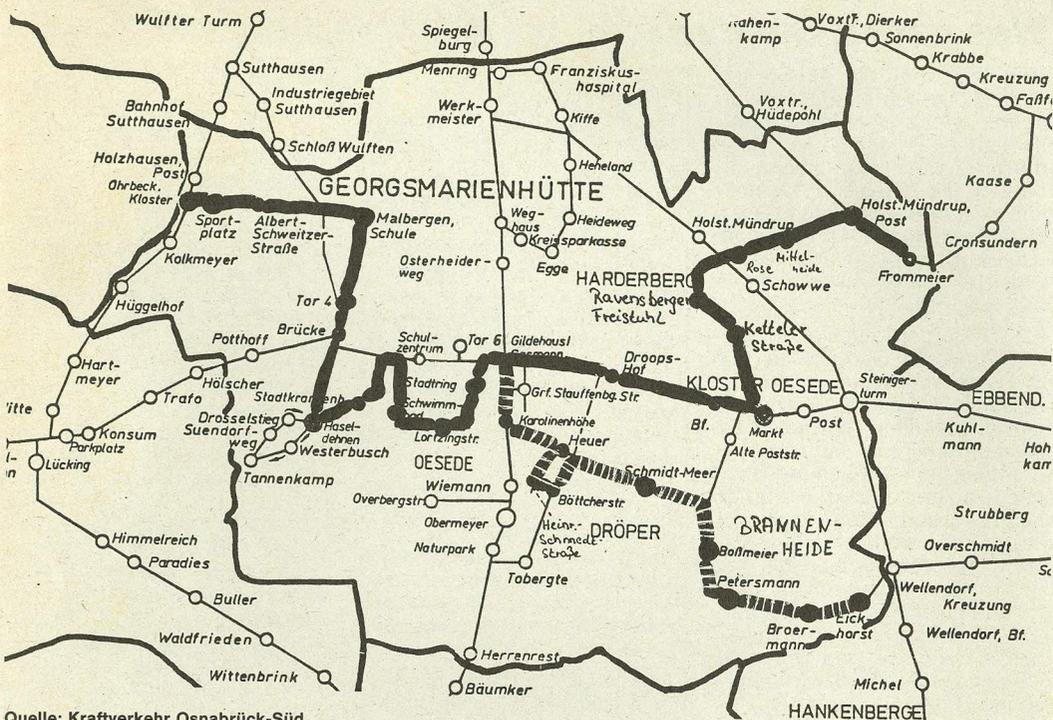
Positiv zu bewerten ist ohne Zweifel, daß auch die türkischen Jugendlichen mit Dogan Güngör jetzt einen Vertreter im Hausrat haben.

Nachdenklich stimmte mich allerdings, daß das Interesse der Jugendlichen in Georgsmarienhütte an einer Mitverwaltung im Jugend- und Kulturtreff anscheinend sehr gering ist.

Anders kann ich mir die geringe Beteiligung an den Hausratswahlen nicht erklären.

Wer Lust hat, sich politisch zu betätigen und sich den Jusos anzuschließen, möge sich bitte bei mir melden.

Michael Dreier, Exterbrock 38
Telefon: (054.01) 40735



Quelle: Kraftverkehr Osnabrück-Süd

Legende

- Linie 1
- Linie 2
- Verkehrs-linien des KOS

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte
Redaktion: Klaus Kraegeloh
Fasanenweg 21
(zugleich verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)
Satz und Druck:
Druckerei Lothar Günter
Schauenroth 13
4504 Georgsmarienhütte
Auflage: 10000 Stück

Querlinienverkehr in Georgsmarienhütte

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Osnabrück ist ein Konzept für den Querlinienverkehr in Georgsmarienhütte erarbeitet worden.

Querlinienverkehr bedeutet, daß die bisher hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung verkehrenden Buslinien durch zwei Linien in Ost-West-Richtung ergänzt werden. Linie 1 beginnt in Holzhausen und endet in Holsten-Mün-

drup. Linie 2 beginnt in Oesede und verbindet Dröper und den Ortsteil Brannenheide (Wellendorf) von Kloster Oesede. Die Linienführung ist auf unserer Karte ersichtlich. Der Fahrplan wird zur Zeit erarbeitet. Die Stadt Georgsmarienhütte trägt für die Dauer eines Jahres die anfallenden Kosten von 62.500 DM plus Mehrwertsteuer.

Klaus Kraegeloh

Dorferneuerung Kloster Oesede

Die Genehmigung der Bezirksregierung ist jetzt bei der Stadt eingegangen. Das heißt, nun kann mit der vorbereitenden Planung begonnen werden. Die endgültige Aufnahme in das Landesprogramm erfolgt im Jahr 1990.

Josef Niemann

Leerstehender Wohnraum

Auf Anregung aus der SPD-Fraktion wurde die Stadtverwaltung gebeten, vor allem durch die Kirchengemeinden, die dringende Bitte **an alle Bürger** bekanntzugeben, leerstehenden Wohnraum anzugeben. Damit ist **kein** Zwang zur Vermietung verbunden!

Josef Niemann

Was sagen Sie dazu?

Man stelle sich vor, ein Bürger aus Georgsmarienhütte beobachtet während seines Krankenhausaufenthaltes in Hardeberg, daß im Krankenhausbereich mit Giften bzw. Chemikalien auf Bürgersteigen und Gehwegen gegen Ameisen und „Unkraut“ vorgegangen wird. Und das im Wasserschutzgebiet!

Diëser Bürger, der sich in seinem privaten Bereich an die gültigen Vorschriften zu halten versucht und seinen Beitrag zu umweltbewußtem Verhalten zu leisten bemüht ist, ist irritiert: Er mahnt beim Verwaltungschef des Krankenhauses an, daß er nicht nachvollziehen könne, wie in dem für ihn öffentlichen Bereich des Krankenhauses gegen in Georgsmarienhütte geltende Bestimmungen verstoßen wird: Auf Straßen und Gehwegen ist der Einsatz von Unkrautvertilgungsmitteln bzw. chemischen Mitteln verboten.

Wie will man von uns Bürgern mehr Umweltbewußtsein fordern, wenn „halböffentliche“ Einrichtungen den Umweltschutz nicht ernstnehmen. Ich denke dabei besonders an unser Lebensmittel „Trinkwasser“, das ja besonders bedroht ist.

Als Anlage ist hier die Antwort des Krankenhauses abgedruckt. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.

Friedel Timmermann

Sehr geehrter Herr,

vielen Dank für Ihr Schreiben, welches uns am 7. Juli 1989 erreicht hat.

Auch wir nehmen den Umweltschutz ernst und versuchen, dabei so verantwortungsbewußt wie möglich vorzugehen.

Allerdings sind wir aus **persönlichen Gründen nicht in der Lage, unsere Parkflächen und Gehwege ständig vom Unkraut freizuhalten und zu säubern, so daß wir gezwungen sind, entsprechende Gegenmittel einzusetzen.**

Wir möchten allerdings darauf hinweisen, daß das FRANZISKUS-HOSPITAL keine öffentliche Einrichtung ist, sondern einem privaten Träger gehört und es sich insofern auch nicht um öffentliche Wege und Gehsteige handelt.

Im übrigen unterliegen wir einem **erheblichen Kostendruck** unserer Kostenträger, **die nicht bereit sind, uns genügend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um Mitarbeiter zu beschäftigen, die die Wege in Ordnung halten.**

In der Hoffnung, daß Sie auch Verständnis für unsere Meinung haben, verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen
FRANZISKUS-HOSPITAL
HARDEBERG

Wemhoff (Verwaltungsdirektor)

SPD gewinnt in Remagen

Bei den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres verlor die CDU – nicht unerwartet – an Stimmen. Bei der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Remagen – Partnerstadt von Georgsmarienhütte – sah sich die jahrzehntelang alleinregierende CDU plötzlich mit 10 : 17 in der Oppositionsrolle. Freie Wählergemeinschaften und SPD

wählten gemeinsam Christian Strohe (SPD) zum Ersten Beigeordneten der Stadt. Ähnliche Veränderungen gab es auch bei der Besetzung der Ausschüsse. Nur eines blieb: Bürgermeister Kürten (CDU) bleibt weiterhin im Amt. Er ist auf 12 Jahre gewählt und damit nicht auf die jeweilige Wahlperiode angewiesen.

Klaus Kraegeloh

Zeitbombe im Grundwasser

Im Frühjahr dieses Jahres wurden die Mitglieder des Wasserbeschaffungsverbandes Osnabrück-Süd, dem die Gemeinden des südlichen (ehemaligen) Landkreises Osnabrück angehören, über den Stand eines Gutachtens zur Grundwasserqualität im Raume Bad Laer (Glandorf) informiert. Hintergrund war die ansteigende Nitratbelastung im Wassergewinnungsgebiet Glandorf-Ost. Mehrere Brunnen überschritten bereits die kritische Marke von 50 mg pro Liter. Darauf reagierte der WBV Osnabrück-Süd mit der Erschließung weiter westlich in Glandorf gelegener Brunnen, in der Hoffnung, dort noch nitratunbelastetes Grundwasser vorzufinden. Das Untersuchungsbüro – Prof. Dr. Ing. Mull – konnte in ersten Ergebnissen jedoch auf die Gefahr hinweisen, die auch den neuen Brunnen droht: auch hier steigt die Nitratbelastung an, auch hier befinden sich bereits im Grundwasser – aber nicht an der Entnahmestelle, da das Grundwasser eine Fließgeschwindigkeit von etwa 100 m/Jahr besitzt – hohe Nitratwerte (150 mg/l). Sofortmaßnahmen wie das Verbot der Gülledüngung können nicht verhindern, daß die Nitratwerte in einigen Jahren durch die schon im Boden vorhandenen Belastungen stark ansteigen werden.

Neben der Stickstoff-(Nitrat)-Belastung ist das Grundwasser auch der Vergiftung durch Pflanzenschutzmittel (Pestizide) ausgesetzt, die hauptsächlich aus der Landwirtschaft bzw. unseren Hausgärten stammen.

Regelmäßige Untersuchungen des Trinkwassers auf eine Giftbelastung durch Pestizide werden in Kürze Vorschritt sein. Zu lösen wäre dieses Problem aber nur durch ein **Verbot** von chemischen Pflanzen-„schutz“mitteln.

Klaus Kraegeloh

Alles dreht sich um Gorbatschows Erfolg

Ob es Gorbatschow gelingt, die KPdSU sowie Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion zu demokratisieren – das ist eine Frage von welthistorischer Bedeutung. Stalin hatte eine brutale Diktatur errichtet und dabei die Prinzipien und die Ziele der Arbeiterbewegung und des Sozialismus verraten. Ein Kernanliegen der Sozialisten war es, den arbeitenden Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Die Herrschaft des Menschen über den Menschen sollte beseitigt werden. Jeder Mensch sollte das Recht haben, über sein Leben selbst zu entscheiden und über die gemeinsamen Angelegenheiten gleichberechtigt mitzubestimmen.

Gorbatschow will, daß die persönliche Freiheit und die Rechte des einzelnen ebenso gewährleistet werden wie sein Anspruch auf Mitbestimmung in allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens. Gorbatschow will jedoch keine kapitalistische Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion. Sein Ziel ist der freiheitliche und demokratische Sozialismus.

Der Sieg Gorbatschows wäre kein Sieg des Kapitalismus. Im Gegenteil: Eine demokratische und sozialistische Ordnung in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten würde weltweite Attraktivität entfalten und eine den Kapitalismus in Frage stellende Alternative sein. Der Bankrott des Stalinismus bedeutet keineswegs das Ende des Sozialismus, sondern eröffnet die Chance einer Renaissance im Sinne einer neuen Offensive für die Durchsetzung der sozialistischen Ideale.

Die Reformpolitik Gorbatschows ist auch eine unerhörte Herausforderung für alle kommunistischen Parteien, nicht nur im Ostblock, sondern auch in China, in Nord-Korea, in Südostasien, in Süd- und Mittelamerika. Die Volksdemokratien, der sog. reale Sozialismus, können kein Vorbild mehr geben, keine Orientierung.

Denen, die schon in der Vergangenheit einen eigenen Weg gesucht haben und nicht absolut linientreu waren, fällt es leichter, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ungarn z. B. ist in der Lage, den Weg der Reform noch konsequenter und noch zügiger einzuschlagen als Gorbatschow selbst. Das gilt noch mehr, nicht zuletzt infolge der speziellen „polnischen“ Verhältnisse, für Polen. Beide sind aber auch ein Beispiel dafür, welche Risiken auf dem Weg der konsequenten Reformen auftauchen und wie schwer es ist, Augenmaß und Balance nicht zu verlieren.

Aber die Moskauhörigen haben es noch schwerer. Paradebeispiel ist die SED. Ihre Macht stützte sich letztlich auf Moskau und sowjetische Panzer. Sie hat noch weniger Rückhalt in der eigenen Bevölkerung als jede andere kommunistische Partei. Sie hat sich rigoroser über die Wünsche der eigenen Bevölkerung hinweggesetzt als jede andere kommunistische Partei, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil der Westen mit seiner Freiheit und seinem Wohlstand wie ein üppig dekoriertes Schaufenster der offenen und geheimen Wünsche unmittelbar vor Augen der Deutschen in der DDR ausgebreitet ist. Schon Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre versuchten Tausende und Abertausende, der Unterdrückung und der Tristesse der DDR durch die Flucht zu entkommen. Die DDR-Führung wollte dieser „Abstimmung mit den Füßen“, die den Widerwillen gegen die SED-Diktatur und die Ohnmacht der SED unübersehbar und weltweit dokumentierte, durch den Bau der Mauer entgegen. Jetzt, da diese Mauer umgangen werden kann, nutzt sie kaum noch. Ergebnis: Die DDR-Führung ist mattgesetzt. In ihrer Ratlosigkeit flüchtet sie sich in die alten Unterdrückungsmethoden, wohlwissend, daß sie letztlich nicht mehr helfen. Nur noch darauf spekulierend, daß der Reformprozeß Gorbatschows scheitert und dann erneut die

Möglichkeit besteht, die Forderung nach Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und Teilhabe mit brutaler Gewalt niederzuknüppeln.

Unsere Aufgabe ist es nicht, an dem Feuer, das im Osten von uns brodelt, entsprechend dem traurigen Vorbild, das die CDU derzeit gibt, unser parteipolitisches Süppchen zu kochen, sondern das Unsere dazu beizutragen, daß die Reformer Erfolg haben.

Dr. Alfred Emmerlich, MdB

Probleme bei der Sanierung

Durch den Sanierungsbeginn „Oeseder Straße“ wurde nach Auffassung der Verwaltung und des öffentlichen Personennahverkehrs eine Verlegung der Haltestelle „Karolinenhöhe“ notwendig. Sie wurde für die Richtung „Bad Iburg – Glandorf“ an die arg strapazierte B 51 in Höhe der Einmündung des „Kruseweges“ verlegt.

Nach meiner und vieler anderer Bürger Meinung ist das eine schlechte, eine gefährliche Lösung. Ich habe diese Meinung auch in der Ratssitzung vom 4. 10. 1989 vertreten und gefordert, umgehend nach einer anderen Lösung zu suchen.

So könnte z. B. an der „Wellendorfer Straße“ in Höhe von „Basta“ auf dem brachliegenden Gelände eine Haltestelle und eine Wendemöglichkeit für Busse geschaffen und verschiedene Fahrtrichtungen an einer Stelle „zusammengefaßt“ werden.

Es wird für die Sanierung „Oeseder Straße“ so viel Geld ausgegeben, daß für die Sicherheit der Busbenutzer im öffentlichen Personennahverkehr und seine Attraktivität nichts unversucht gelassen werden sollte – und sei es auch nur für eine vorübergehende Zeitspanne – bis zum Abschluß der Baumaßnahmen.

Friedel Timmermann

Holl (CDU) hat sich verspekuliert

Verspekuliert hat sich der mit den Stimmen der CDU und FDP bereits jetzt gewählte Nachfolger von Oberkreisdirektor Kreft, als er glaubte, er würde auch die Stimmen der SPD für sich gewinnen. Obwohl seine Amtszeit erst im Juli 1990 beginnt, bestand die CDU auf der Wahl des Nachfolgers bereits ein Jahr vor seinem Amtsantritt.

Nachdem der derzeitige Kreiskämmerer Holl bereits in der Vergangenheit die SPD mehr als einmal gegen sich aufgebracht hat, weil er einseitig nur die Aufträge der CDU-Kreistagsfraktion ausgeführt hat und die Opposition immer vor vollendete Tatsachen stellte, brachte sein Verhalten um den Ankauf der RWE-Aktien die SPD endgültig auf Gegenkurs gegen ihn. Der Sachverhalt ist

einfach: Im Oktober hatte der Kreistag mit Stimmen der SPD beschlossen, über 75.000 RWE-Aktien zu einem Preis von 15 Mio. DM von den Kreissparkassen zurückzukaufen und als Eigenkapital in die kreiseigenen Verkehrsbetriebe und die Alfee-GmbH einzubringen. Dieser Rückkauf, so hatte der Kämmerer allen Kreistagsmitgliedern mitgeteilt, sei für 15 Mio. DM zu machen. Zufällig erfuhren die erstaunten SPD-Kreistagsabgeordneten im Juni 1989, daß der Beschluß nicht ausgeführt worden ist. Holl hatte es nicht für nötig gehalten, den Beschluß auszuführen oder aber die zuständigen Kreistagsabgeordneten von der Nichtausführung zu informieren. Zwischenzeitlich reichten aber für den Ankauf der vorgesehenen

Anzahl von RWE-Aktien nicht mehr 15 Mio. DM aus, sondern es mußten im Sommer bereits 20 Mio. DM aufgewendet werden, weil die Aktien im Kurs ständig gestiegen sind. Hätte der Kreiskämmerer den Beschluß sofort ausgeführt, hätte er die Aktien für 5 bis 6 Mio. DM weniger erhalten können. Selbstverständlich hat der Kreistag nach Kenntnis des Verhaltens des Kreiskämmerers die Ausführung des Beschlusses gestoppt, um den Schaden zu begrenzen. Die SPD schlug statt dessen vor, die Kreissparkasse zu beauftragen, das Aktienpaket zu verkaufen, um 50% des Kursgewinns (fast 5 Mio. DM) für den Wohnungsbau einzusetzen.

Volker Neumann
(SPD-Kreisvorsitzender)

hier abtrennen

4504 Georgsmarienhütte, den _____

(Vorname, Name)

(Straße)

4504 Georgsmarienhütte

Ich möchte Mitglied der SPD werden. Bitte schicken Sie mir eine Beitrittsanmeldung.

Ich sympathisiere mit den Zielen der SPD und möchte mehr wissen. Bitte schicken Sie mir weiteres Informationsmaterial zu den Themen:

1. _____

2. _____

Ich verfolge die Politik der SPD Georgsmarienhütte anhand der „gig“. Die „gig“ sollte auch einmal berichten über:

1. _____

2. _____

Ausfüllen, ausschneiden und absenden an:

SPD-Parteibüro
Schoonebeekstraße 2 · 4504 Georgsmarienhütte

(Unterschrift)